

Gewerkschaften für mehr Gerechtigkeit

## Stoppt die Steuerflucht!

Rund eine Billion Euro entgehen den Ländern der EU pro Jahr durch Steuerflucht und Steuervermeidung. Die Europäischen Gewerkschaften haben die EU und ihre Mitgliedsländer aufgefordert, endlich gegen den massiven Steuerbetrug vorzugehen.



NO TO TAX  
AVOIDANCE

Bild: epsu.org



Öffentliche Dienstleistungen wie Spitäler, Schulen, Kultur, Energie, öffentlicher Verkehr und eine gute Verwaltung sind wichtig für jede Bürgerin und jeden Bürger. Aber die Finanzierung dieser Leistungen wird immer schwieriger. Aggressive Steuervermeidungspraktiken internationaler Konzerne kosten die Staaten der EU Jahr für Jahr Milliarden an Steuereinnahmen.

„Die Gesamtsumme des Schadens durch Steuerbetrug und legale Steuervermeidung in der EU wird auf eine Billion Euro pro Jahr geschätzt“, sagte anlässlich des internationalen Tags der öffentlichen Dienste am 23. Juni der Internationale Sekretär der GdG-KMSfB, Thomas Kattinig. Das Problem ist allerdings nicht auf die EU beschränkt. Jedes Jahr verliert

beispielsweise Afrika rund 50 Milliarden Dollar. Das ist doppelt so viel wie das Land an Entwicklungshilfe erhält. Ein globales Netz von Steueroasen und durchorganisierten Beratungsunternehmen, die internationalen Firmen maßgeschneiderte Steuervermeidungspakete entwerfen, machen derartige Machenschaften möglich.

### MASSNAHMEN GEGEN MULTIS

Nun soll es aber endlich Maßnahmen dagegen geben. Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen setzen sich für ein gerechteres Steuersystem ein. Kattinig: „Notwendig sind allerdings globale Lösungen, mehr Transparenz und mehr Kooperation zur Beendigung des Steuerwettbewerbs.“

NO TO TAX  
HAVENS

Bild: epsu.org



AMNESTY  
INTERNATIONAL



Sabine Vogler

Amnesty-Netzwerk Arbeit,  
Wirtschaft und soziale Rechte

### BRASILIEN:

#### Gewalt gegen demonstrierende LehrerInnen und BeamtInnen

Am 29. April 2015 versammelten sich rund 20.000 Menschen, unter ihnen zahlreiche LehrerInnen, BeamtInnen und Studierende, vor dem regionalen Parlament des Bundesstaates Paraná in Curitiba, um gegen geplante Änderungen bei der sozialen Absicherung und den Pensionsregelungen für BeamtInnen zu demonstrieren. Die LehrerInnen streikten seit dem 25. April.

Die Militärpolizei löste die Kundgebung gewaltsam unter Einsatz von Tränengas, Gummigeschossen und Schlagstöcken auf. 213 Menschen wurden dabei verletzt, einige davon schwer.

Diese Vorgänge zeigen erneut den brutalen Umgang der brasilianischen Polizei mit Demonstrierenden, wie er schon in den vergangenen Jahren, etwa vor der Fußball-WM, beobachtet wurde.

Amnesty International kritisierte die Polizeirepression gegen die Demonstrierenden in Curitiba. Anfang Mai wurden in Reaktion auf nationale und internationale Proteste einige hochrangige LandespolitikerInnen und -beamtInnen abgelöst. Eine strafrechtliche Anzeige gegen 14 Demonstrierende bleibt aber weiter aufrecht. Nähere Informationen und Appellbrief unter [gewerkschafterInnen.amnesty.at](http://gewerkschafterInnen.amnesty.at)